

Interview mit der Leipziger Internetzeitung

Frau Jennicke, braucht es in Leipzig wie auch in Berlin ein Freiheitsdenkmal als Andenken an den 9. Oktober 1989?

Es sollte Möglichkeiten geben, sich zu erinnern, zu vergegenwärtigen und die Ereignisse im Herbst 1989 einschließlich der Demonstration am 9. Oktober sinnlich nachvollziehbar zu machen. Dafür braucht es aus meiner Sicht nicht zwingend ein Denkmal.

Wann und wie begann die Diskussion um das Freiheitsdenkmal in Leipzig - gibt es derzeit eine?

Es lohnt sich tatsächlich, sich noch einmal den damaligen Prozess ins Gedächtnis zu rufen. Als der Bundestag im November 2007 beschloss, in Berlin ein Einheitsdenkmal zu errichten (das im Übrigen 2009 eingeweiht werden sollte), entstand vornehmlich in Leipzig eine hitzige Debatte. Die Bürgerschaft von Leipzig, angeführt u. a. von den Bundestagsabgeordneten Rainer Fornahl und Gunter Weißgerber, sah sich in einem solchen Berliner Denkmal nicht repräsentiert. Auch in Leipzig, wie auch an anderen Orten in Ostdeutschland, sollte der Friedlichen Revolution gedacht werden. Daraufhin beschloss der Bundestag am 4. Dezember 2008, in Leipzig „den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zur Friedlichen Revolution auf angemessene Weise zu würdigen“. Dafür werden 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. In einem Forum am 7. April 2009 kam dann umgehend die Frage nach dem Standort auf. Es wurden drei Standorte vorgeschlagen: Bahnhofsvorplatz, Augustusplatz und Wilhelm-Leuschner-Platz. Der Bahnhofsvorplatz schied aus, dafür wurde die Idee des Innenstadtrings in die Prüfung aufgenommen.

Im Juni 2009 entschied der Stadtrat ohne die Stimmen der LINKEN, dass in Leipzig ein Denkmal gebaut werden soll. Ein Antrag der Stadträte Ines Hantschick, Jens Hermann und Ingo Sasama, zuvor mittels Bürgerentscheid zu ermitteln, ob die Leipziger ein Denkmal wollen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Unterdessen fanden in diesem Jahr ein Bürgerforum, eine partielle Bürgerbefragung sowie Workshops, unter anderem mit Jugendlichen, statt und es wurde die Standortfrage geprüft. Es stellte sich der Leuschner-Platz als geeigneter Ort heraus. Das hat der Stadtrat im Mai diesen Jahres mit mehrheitlicher Enthaltung der Fraktion DIE LINKE bestätigt.

Eine wirkliche Diskussion gibt es aus meiner Sicht nicht. Dazu müsste es einen Bürgerentscheid geben. Der Antrag dazu (von Ines Hantschick, Jens Hermann und Ingo Sasama) wurde 2009 im Stadtrat abgelehnt. Ich nehme wahr, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger kein Denkmal will, obwohl sie sicher etwas dagegen hätte, wenn Leipzig bei der Würdigung der Friedlichen Revolution übergangen würde. Es besteht die Gefahr, dass ein Denkmal eine Deutung der Ereignisse in Stein meißelt. Den Widerspruch, der sich dagegen formuliert, teile ich. Er ist ein Zeichen dafür, dass die Menschen sich ihre individuellen Erfahrungen nicht nehmen lassen wollen. Ein Vorgang, der Analogien provoziert. Insofern ist auch der Streit um das Denkmal ein Resultat der in den Herzen und Köpfen stattgefundenen Revolution. Das gilt es zu respektieren. Die Bewertung der Ereignisse ist ein fortlaufender Prozess. Diesen allein mit einem Denkmal zu einem vorläufigen Ende bringen zu wollen, halte ich für unangemessen.

Als der Beschluss aus Berlin kam und im Stadtrat 2009 angenommen wurde - was war die Position der LINKE im Leipziger Stadtrat und welche vertritt sie heute zum Einheitsdenkmal?

Meine Fraktion hat sich 2009 enthalten. Wir haben uns auch in der Debatte stark zurück gehalten. Obwohl ich zu dieser Zeit noch nicht Teil der Fraktion war, habe ich Verständnis dafür. Wir als LINKE werden in der Diskussion um die Ereignisse von 1989 für ungläubwüridig gehalten, egal, was wir sagen. Die Zurückhaltung ist ein Reflex auf die Zuschreibung der anderen. Es galt, den Prozess nicht unnötig zu ideologisieren. Ich habe großen Respekt vor all jenen, die 1989 und vor allem auch in den davor liegenden Jahren etwas riskiert haben. Ich bin für die Erfahrung des Systemumbruchs dankbar. Sie hat mich geprägt – wie alle in meiner Generation. Ich erwarte andererseits Respekt vor der Aufarbeitung, die in den letzten zwanzig Jahren stattgefunden hat, auch in der Linkspartei. Ein Denkmal birgt die Gefahr, Geschichte zu konservieren. Geschichte aber ist ein Prozess. Insofern wäre aus meiner Sicht eine Lösung, die die Vielfalt der Erfahrungen jener, die dabei waren, ihre Lebensläufe, Wünsche, Hoffnungen, Enttäuschungen, sinnlich erfahrbar macht, angemessener. Ein Dokumentationszentrum, wie es die LINKE bereits 2007 vorgeschlagen hat, ist nach wie vor eine bedenkenswerte Alternative. Ergänzend haben wir ja authentische Orte, wie beispielsweise die Nikolaikirche oder das Museum in der Runden Ecke, die für individuelles und kollektives Gedenken weit besser geeignet sind.

Gab es beim damaligen Beschluss Alternativen - gab es Ideen im Kulturausschuss und im Stadtrat zum Thema?

Wirkliche Alternativen sind erst im Nachgang des Beschlusses von 2009 aufgetaucht. Sie sind alle bedenkenswert. Die Anlage des Geldes in eine Stiftung, die jährlich einen Preis verleiht, wäre denkbar. Dazu bräuchte es jedoch eine Mehrheit im Stadtrat. Der Bundestag und der Landtag müssten zudem die Umwidmung der Gelder genehmigen. Und glauben Sie ernsthaft, dass wir als LINKE Gehör fänden, wenn wir diese Debatte anstießen? Die Verletzungen aus dieser Zeit sind bei vielen noch nicht geheilt. Das akzeptiere ich.

Wie sieht es mit der Bürgerbeteiligung für ein Einheitsdenkmal aus?

Sie wurde von der Mehrheit des Stadtrates 2009 abgelehnt. Das ist überaus bedauerlich, denn es gibt kaum ein Thema, bei dem es sinnvoller wäre.

(Vielleicht etwas vorgegriffen) Übers Aussehen und Gestalt kann man jetzt noch nicht diskutieren - was wäre aus ihrer Sicht eine konsensfähige Lösung?

Ich fürchte, das wird schwierig. Im Medium der bildenden Kunst die Vielfalt der Erfahrungen zu bündeln, ist schwer. Eine musikalische Komposition wäre da aus meiner Sicht weitaus geeigneter. Vor allem, um die Stimmung einzufangen, die vielleicht nur ein kurzer Moment war, wo alles möglich schien. Es ist auch die Aufgabe dieses Kunstwerkes zu fragen, was ist aus den Hoffnungen der Friedlichen Revolution geworden. Und da gehen die Meinungen in der Bevölkerung weit auseinander. Das auf den Punkt zu bringen, ist eine große Herausforderung. Insofern ist die Auslobung des Kunstwettbewerbs der richtige Ansatz, verschiedenste Lösungsansätze zu erhalten. Sollten diese Vorschläge jedoch nicht die erforderlichen Qualitäten aufweisen, hoffe ich, dass die Diskussion um das Denkmal und dessen Alternativen neu entfacht wird. Die Zeit muss sich eine Gesellschaft nehmen. Eine „Eventplastik“, wie in Berlin, wünsche ich Leipzig nicht.

Dr. Skadi Jennicke
Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

20.7.2011